Kreiszeitung Wochenblatt Nord Heide vom 23.12.2017, Seite 30

„Konstruktives Tribunal“

Streit im Hollenstedter Finanzausschuss / Politik kritisiert den Stellenplan der Verwaltung

mi. Hollenstedt. Das waren noch gute Zeiten: Ein Plus von 385.000 Euro - so lautet der jetzt im Finanzausschuss der Samtgemeinde Hollenstedt verabschiedete Jahresabschluss 2015. Beim aktuellen Nachtragshaushalt mussten sich die Politiker mit weitaus weniger erfreulichen Zahlen beschäftigen. Für einen Eklat sorgte dabei der von der Samtgemeinde vorgelegte Stellenplan.

Es ist geschafft: Der Nachtragshaushalt der Samtgemeinde Hollenstedt ist genehmigungsfähig. Von der Konsolidierung ist das Zahlenwerk aber weit entfernt. So steht bereits 2018 im Ergebnishaushalt ein dickes Minus von rund 600.000 Euro. Die „Freie Spitze“ reicht 2018 nicht, um die Kredittilgung zu stemmen. Auch die Schulden steigen weiter auf 3,9 Millionen Euro. Diese Zahlen nannte Kämmerer Wolfgang Raabe jetzt in der Sitzung des Finanzausschuss und des Samtgemeinderats. Besonders alarmierend: Der Haushalt hat den Sprung in die genehmigungsfähige Zone nur wegen der guten Gesamtkonjunktur in Deutschland geschafft. Die Samtgemeinde profitiert demnach von rund 260.000 Euro zusätzlichen Schlüsselzuweisungen vom Land. Im Samtgemeinderat wurde dieser Nachtragshaushalt jetzt einstimmig verabschiedet.

Manfred Thiel

Heiner Albers Fotos: archiv

Zum Aufreger gereichte den Feierabendpolitikern der Stellenplan der Samtgemeinde. Im Finanzausschuss gingen die Mitglieder mit Bürgermeister Heiner Albers und seinem Personalchef Alexander Schulz hart ins Gericht. „Was sie uns hier vorlegen, hat nichts mit dem zu tun, was wir im Februar mal im Rahmen des Haushalts beschlossen haben“, so Karoline Nielsen (SPD). Demnach sei der Stellenplan komplett anders als der ursprüngliche. Besonders ärgere sie, dass der Stellenplan offenbar noch kurz vor der Finanzausschusssitzung erneut geändert wurde. Als die Situation immer mehr eskalierte - Zitate Nielsen: „Ist das nicht ein Fall fürs Arbeitsgericht? „Wenn ich in meinem Betrieb sowas vorlegen würde...“ - zog AfD-Mitglied Wolfgang Marder die Reißleine und beantragte, dass der Streit in nicht öffentlicher Sitzung fortgesetzt wurde. Offizielle Begründung: Man müsse über Namen sprechen. Nach WOCHENBLATT-Informationen ging es dabei sowohl um die Vorbereitung des Stellenplans als auch um von der Verwaltung vorgenommene Höhergruppierungen für einzelne Personen. Insgesamt wurden in der Samtgemeinde-Verwaltung nach interner Stellenbewertung sieben Personen hochgestuft, zwei davon gleich um zwei Stufen von Endgeldgruppe 6 auf Endgeldgruppe 9. Das bedeutet bei Lohnsteuerklasse 1 immerhin ein Gehaltsplus von über 400 Euro. Für die Vorbereitung des Stellenplans wurde der verantwortliche Personaler und zweite Mann im Rathaus, Alexander Schulz, massiv kritisiert. Von „schlampiger Arbeit“ soll die Rede gewesen sein. Die Wogen glättete erst ein Antrag der Grünen, der vorsieht, dass die Verwaltung durch eine externe Fachfirma einer Organisationsanalyse unterzogen werden soll, um die Verwaltungsstruktur und Effizienz zu überprüfen. Außerdem setzten die Politiker durch, dass der ursprünglich vereinbarte Stellenplan ohne die Höhergruppierungen verabschiedet wird. Nach Recherchen des WOCHENBLATT gibt es allerdings auch einen Dissens darüber, was genau verabschiedet wurde. Laut Samtgemeinde-Bürgermeister Heiner Albers seien die Höhergruppierungen nicht vom Tisch, sondern lediglich zurückgestellt für den Zeitraum der Organisationsanalyse, die seiner Ansicht nach auch als Basis für eine leistungsgerechte Einstufung der Mitarbeiter dienen könne. Die Debatte im Ausschuss bezeichnete Albers als „Tribunal“. Gänzlich anders sieht es die Politik. Sowohl Finanzausschussvorsitzender Manfred Thiel (Grüne) als auch Wolfgang Marder (AfD) sprachen von einem „sehr konstruktiven Gespräch.“ Die Ansicht, die Organisationsanalyse sei eine Basis für eventuelle Hochstufungen von Verwaltungspersonal, teilten beide Politiker aber nicht.